

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.08.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit
finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
 - 3.2 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
 - 3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.4 Finanzielle Unterstützung des Archiv e.V. für eine baldige Wiedereröffnung des
soziokulturellen Standorts Leipziger Str. 60
Vorlage: 13/SVV/0209
Fraktion DIE LINKE
 - 3.5 Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 13/SVV/0215
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
 - 3.6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0312
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
 - 3.7 Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0331
Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Sport- und Freizeitbad

- 4.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0538
Oberbürgermeister, Projektteam Sport- und Freizeitbad
- 4.2 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0500
Oberbürgermeister
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0518
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.08.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- der Tagesordnungspunkt **4 soll gleich zu Beginn der Sitzung beraten werden,**
- **der** Tagesordnungspunkt **3.6** - Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH – 13/SVV/0312, soll **zurückgestellt** werden, da die avisierte Klarstellung noch nicht vorliegt,
- neu aufzunehmen ist die Einwohnerfragestunde bezüglich der in Anlage 1 Punkt 4 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung enthaltenen Regelung, dass der Hauptausschuss den Fraktionen, Ausschüssen oder dem Oberbürgermeister die Beantwortung der Fragen zuweist.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 93. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 14. August 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 4 **Sport- und Freizeitbad**

zu 4.1 **Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes**

Vorlage: 13/SVV/0538

Oberbürgermeister, Projektteam Sport- und Freizeitbad

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Sitzung vereinbarte Verfahrensweise, eine Beschlussvorlage zum Sport- und Freizeitbad für die Septembersitzung der StVV einzureichen und diese vorab in den Ausschüssen für Finanzen sowie für Bildung und Sport und dem Hauptausschuss zu beraten.

Beide Ausschüsse haben diese Vorlage mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen, einschließlich der Ergänzung des Punktes 1, letzte Zeile, mit folgendem Wortlaut:

... Generalplanervertrag **unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Hauptausschuss** zu beschließen.

Für die Beantwortung offener Fragen stehen Herr Böhme und Herr Gessner zur Verfügung. Gegen seine Empfehlung, die Vorlage ebenfalls im Hauptausschuss zur Abstimmung zu stellen und eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abzugeben, erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend führt Frau Dr. Schröter für die Fraktion DIE LINKE aus, dass sie der vorgelegten Beschlussvorlage zustimmen werde, Herr Heinzel schließt sich für die Fraktion CDU/ANW dem an. Den Stadtwerken sollten der Auftrag erteilt werden, einen Generalplanervertrag zu schließen, allerdings unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Hauptausschusses – so wie es bereits in den Fachausschüssen empfohlen wurde.

Herr Schubert betont, dass die Fraktion SPD dieser Ergänzung zustimmen werde und mahnt die Stadtwerke, die Stadtverordneten umfassend in den Prozess mit einzubeziehen, weil auch sie dies gegenüber den Potsdamern vertreten müssen. Ebenso werde die Fraktion der Potsdamer Demokraten zustimmen, so Herr Schultheiß, da es ein entsprechendes Ergebnis der Bürgerbefragung gebe; allerdings unter der Voraussetzung, dass die zusätzlichen Kosten nicht zu Lasten des Sportetats gehen.

Anschließend wird die o. g. Ergänzung des Beschlusstextes im Punkt 1 zur Abstimmung gestellt und mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird ermächtigt, zur Umsetzung eines der drei Entwürfe der Preisträger Verhandlungen mit den 3 Preisträgern aufzunehmen und einen Generalplanervertrag **unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Hauptausschuss** zu schließen.
2. Die jährliche Bezuschussung der SWP durch die Landeshauptstadt Potsdam für den Betrieb der Bäder darf nach Inbetriebnahme des neuen Sport- und Freizeitbades Am Brauhausberg (SFB) 3,5 Mio. EUR jährlich nicht übersteigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	3

- zu 4.2 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes**
Vorlage: 13/SVV/0500
Oberbürgermeister

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- zu 3.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen**

Vorlage: 12/SVV/0209

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

Herr Exner verweist auf die Beratung des Antrags im Ausschuss für Finanzen, in deren Ergebnis sich auf eine strukturierte Abfrage in Form der ausgereichten Anlage zu den Stellungnahmen der Fachausschüsse geeinigt wurde. Dieses Formblatt werde ab Januar für die Beschlussvorlagen der Verwaltung verwendet und könnte zu einem späteren Zeitpunkt auch für Anträge der Fraktionen gelten. Somit sei der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Schubert merkt an, dass der Antrag ursprünglich eine weit darüber hinausgehende Zielstellung beinhaltet habe und er sich insofern noch ein „Stück mehr“ gewünscht hätte. Trotzdem werde seine Fraktion dem Verfahrensvorschlag zustimmen, um den Prozess in Gang zu bringen. Ebenso signalisiert Frau Dr. Schröter die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, zumal die Stadtverordneten mit denen im Formular geforderten Angaben wohl überfordert wären.

Auf die Anmerkung von Herrn Schultheiß, dass er eben dies bedauere, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Fraktionen dies natürlich freiwillig machen können.

Herr Schüler betont, dass eine Änderung der Geschäftsordnung wenig Sinn mache und seine Fraktion deshalb diesem Verfahren ebenfalls zustimmen werde. Die weiteren Schritte sollten der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung überlassen werden.

Gegen die Feststellung des Oberbürgermeisters, dass sich damit der Antrag durch **Verwaltungshandeln erledigt** hat, erhebt sich seitens der Antragsteller kein Widerspruch.

zu 3.2 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 3.2 – 3.4 zusammen zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch. Er führt im Weiteren aus, dass die entsprechenden Maßnahmen zum Erhalt des Archiv e.V. eingeleitet und erste finanzielle Mittel in Form der Zuwendung geflossen seien. Darauf Bezug nehmend bittet Herr Schüler, die Anträge als erledigt zu erklären.

Frau Dr. Müller betont, dass zum einen die Feststellung „durch Verwaltungshandeln erledigt“ für Bürgerhaushaltsvorschläge unpassend sei. Zum anderen könne sie dies für die DS 13/SVV/0209 auch nicht so ohne Weiteres erklären. Allein durch den Vertragsabschluss und die bereitgestellten Mittel sei der Standort nicht wie beantragt „dauerhaft gesichert“. Sie bittet, die Zusage in die Niederschrift aufzunehmen, dass die Differenz zwischen der Zuwendung für die Lüftungsanlage und den insgesamt zugesagten Mitteln dem Archiv e.V. tatsächlich zur Verfügung gestellt werde. Dem stimmt der Oberbürgermeister zu, allerdings unter dem Vorbehalt, dass die von der Bauaufsicht geforderten Voraussetzungen erfüllt werden.

Die Frage von Herrn Kirsch, ob diese Mittel im Haushalt 2013/14 eingestellt sind, bejaht der Oberbürgermeister und betont, dass die Akteure des Vereins an bestimmte Voraussetzungen gebunden seien, damit das Geld auch fließen könne.

Herr Wendt plädiert dafür, die Anträge zu beschließen, weil das eine Signalwirkung habe. Hier, so der Oberbürgermeister, stecke der „Teufel im Detail“ und seien unterschiedliche Voraussetzungen zu erfüllen. Er schlage für die Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung folgende Formulierung vor: **„Das mit diesen Anträgen intendierte Anliegen befindet sich in Umsetzung“** zu deklarieren. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern

Vorlage: 12/SVV/0776

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Siehe TOP 3.2.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen: : **„Das mit diesen Anträgen intendierte Anliegen befindet sich in Umsetzung“**

zu 3.4 Finanzielle Unterstützung des Archiv e.V. für eine baldige Wiedereröffnung des soziokulturellen Standorts Leipziger Str. 60

Vorlage: 13/SVV/0209

Fraktion DIE LINKE

Siehe TOP 3.2.

Mit der vom Oberbürgermeister zur Niederschrift gegebenen Zusage, **dass die Differenz zwischen der Zuwendung für die Lüftungsanlage und den insgesamt zugesagten Mitteln dem Archiv e.V. tatsächlich zur Verfügung gestellt werde, sofern die von der Bauaufsicht geforderten Voraussetzungen erfüllt sind**, ist der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.5 **Änderung der Fernwärmesatzung**

Vorlage: 13/SVV/0215

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Der Oberbürgermeister verweist auf die Beratung des Antrags im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, der diesem mit 5:2:2 zugestimmt hat.

Herr Kirsch gibt zu bedenken, dass eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für die einen zum Nachteil von anderen führe und das mit zu berücksichtigen sei. Dies, so der Oberbürgermeister, würde in die Prüfung mit einbezogen und die Auswirkungen aufgezeigt.

Frau Dr. Schröter führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE sich für diesen Antrag nicht „erwärmen“ könne und das Anliegen so nicht umzusetzen sei.

Herr Heuer verweist darauf, dass der Gesetzgeber schon Ausnahmetatbestände vorgesehen habe. Herr Rietz betont, dass er im Ausschuss Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung auch gegen den Antrag gestimmt habe, denn die Verwaltung solle nicht beschäftigt werden. Im Ausschuss habe Herr Böhme die Zusammenhänge umfassend dargestellt.

Herr Schüler betont namens der Antragstellerinnen, dass die Auswirkungen einer möglichen Änderung sowie die ökologischen und wirtschaftlichen Effekte beleuchtet werden sollen.

Herr Kirsch beantragt die Zurückstellung der Drucksache, um sich mit der Thematik intensiver befassen zu können – dieser Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen eine Änderung der Fernwärmesatzung der Stadt Potsdam hat, mit dem Ziel der Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwangs für Gebäude mit dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung im Fernwärmevorranggebiet, die bei gleicher Wärmebereitstellung zu einer niedrigeren nachgewiesenen CO₂-Emission führen. Dabei sind sowohl die Kohlendioxidminderungspotenziale als auch die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Betrieb des Fernwärmenetzes sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **7**

Ablehnung: **8**

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0312
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

zurückgestellt

zu 3.7 Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0331
Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister informiert über die zustimmende Empfehlung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung mit einer Änderung des Beschlusstextes wie folgt:

Nach Stufe 1 ist einzufügen:

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2014 vorzulegen.

Das Prüfergebnis zur 1. Stufe bietet die Basis zu entscheiden, ob die weiteren Stufen verfolgt werden sollen.

ab Stufe 2 wird der Text gestrichen.

Herr Schubert führt aus, dass er diesen Zwischenschritt für sinnvoll erachte und sich das Anliegen nur umsetzen lasse, wenn Potsdam und der Landkreis Potsdam-Mittelmark an einem Strang ziehen. Er übernimmt namens der Antragstellerinnen die vorgeschlagene Änderung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens die Möglichkeiten einer Erweiterung des Potsdamer SPNV-Netzes durch die Nutzung der Zweisystemtechnik prüfen.

I. Stufe:

Vor der Beauftragung der Untersuchung ist über mögliche Streckenführungen und Prüfinhalte eine gemeinsame Auffassung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zu entwickeln.

Zu diesem Zweck werden Oberbürgermeister und Vorsitzender der SVV gebeten, mit Landrat und Kreistagsvorsitzendem von Potsdam-Mittelmark Kontakt aufzunehmen, um in gemeinsamen Sitzungen von Hauptausschuss und Stadtentwicklungsausschuss das Projekt Regio-Stadtbahn Potsdam zu beraten.

Alle von der Planung betroffenen Gemeinden sind im Vorfeld der Untersuchung in geeigneter Form von den Plänen zu informieren.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2014 vorzulegen.

Das Prüfergebnis zur 1. Stufe bietet die Basis zu entscheiden, ob die weiteren Stufen verfolgt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	3

neu Einwohnerfragestunde

Gemäß Anlage 1 Punkt 4 Geschäftsordnung weist der Hauptausschuss den Fraktionen, Ausschüssen oder dem Oberbürgermeister die Beantwortung der Einwohnerfragen zu.

Gegen den Vorschlag, Frage 1, 2-12 und 14 von der Verwaltung zu beantworten, Frage 2 vom Vorsitzenden des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und Frage 13 vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, erhebt sich kein Widerspruch.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, wie der Vorsitzende die Meinung der Stadtverordnetenversammlung wiedergeben wolle, schlägt Herr Schüler vor, sich zum Thema zu informieren und im Ältestenrat einen Vorschlag zu unterbreiten.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH Vorlage: 13/SVV/0518

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Westphal erläutert eingangs an Hand einer Power-Point-Präsentation die mit der Mitteilungsvorlage ausgereichten Informationen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Ehrung vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) mit dem ersten Preis im diesjährigen Wettbewerb „Erfolgsfaktor Nachhaltigkeit“, die der Pro Potsdam im März diesen Jahres zuteil wurde.

Der Oberbürgermeister dankt und beglückwünscht namens der Hauptausschussmitglieder Herrn Westphal stellvertretend für das Unternehmen.

Im Weiteren werden Nachfragen der Hauptausschussmitglieder beantwortet und die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Frau Dr. Müller nimmt Bezug auf die Gespräche zur Auswahl des Trägers des Bürgerbüros und fragt, wann die Ergebnisse präsentiert werden. Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung zu; die Beschlussvorlage selbst soll in die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Im Weiteren möchte sie wissen, warum unter dem Punkt „Aufträgen der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister“ der aus dem Beschluss DS 13/SVV/0183 – Umsetzung Potsdam 22 – fehle. Auch dies werde geprüft und der Fraktion eine Information gegeben, so der Oberbürgermeister.